

Quelle: Die Zeit

© Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG

POLITIK, MEINUNG ZEITGEIST

»Yes we can!«**MEINUNG ZEITGEIST****Das Wahlvolk ist realistischer, als Merkel und die SPD wöhnen, glaubt Josef Joffe
*Josef Joffe***

Stanford, Kalifornien

»A Mandate for Change«, meldete das Wall Street Journal am Montag auf Seite eins (der New York Times war die Wahl in Deutschland nur eine Spalte auf der vier wert). Ein richtiges Ja zum Wandel ist ein Vorsprung von vierzig Sitzen für Schwarz-Gelb nicht. Bedeutsamer ist das Nein zu Rot-Rot-Grün, das in der Gesamtheit für Beharrung steht - oder gar, wie die Linke, für ein »Zurück in die Zukunft« der fetten, verteilungsfrohen Sechziger und Siebziger. Das Wörtchen »Globalisierung« kannte der Duden damals noch nicht.

Das Überraschende an diesem Verdikt ist der Realismus des Wahlvolks. Angesichts der bitteren Wirtschaftszahlen hätte man eine »strukturelle« Linksmehrheit erwarten dürfen - ein Ja zu den Parteien, die die schützende Hand des Staates angeboten haben. Irgendwie ahnen die Wähler, dass die höchste Neuverschuldung aller Zeiten das Füllhorn des Staates durchlöchert hat. Es steckt nicht mehr viel Luft in einem Abgabensystem, das Lieschen Müller die Hälfte ihres Bruttos wegnimmt. Oder in einem

Haushaltsdefizit, das (im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung) größer ist als das italienische. Eine Milliardenbürgschaft für Opel, aber Pleiten für den Mittelstand? Nur noch Sonnen- und Windenergie? Dieses Land lebt doch viel stärker von seinen klassischen Industrien als die Dienstleistungsländer Amerika und England. Und wenn der Staat so schlau ist, warum haben dann ausgerechnet die Landesbanken mehr Kapital verjuxt als die Bundesbürger?

Die Wähleranalysen zeigen denn auch, wo's langgehen soll. Über die Hälfte der Wähler von Union und FDP haben Schwarz-Gelb mehr wirtschaftspolitisches Können zugeschrieben als dem Verlierer-Trio - mit Abständen von bis zu 35 Punkten. Bloß: Ein »Mandat« ist der komfortable, aber knappe Vorsprung nicht, auch wenn die FDP das beste Ergebnis aller Zeiten verbucht hat (das zweitbeste gab es 1961, in einer Anti-Adenauer-Wahl). Was dann?

Es war vor allem ein Signal an Angela Merkel, die mit einem Minus von 1,5 Prozentpunkten für die CDU einen Klaps abkriegte: »Bitte nicht ganz so timide, wir sind

realistischer, als Sie glauben.« Wie weit sie bis 2013 dem Reformismus frönen wird, hängt allerdings mehr von der geprügelten SPD als von der FDP ab, die »vor Kraft nicht mehr loofen kann«, wie der Berliner sagt.

Groß ist nun die Versuchung der ältesten deutschen Partei, die Linke in der Opposition links zu überholen. Das wird nicht funktionieren. Die SPD hat besonders schlecht bei den Jungen abgeschnitten und besonders gut bei den Hauptschulabsolventen und Rentnern. Diese Gruppen verdienen Schutz, aber die Zukunft lässt sich mit ihnen nicht erobern. Noch keine sozialdemokratische Partei - ob in England, Amerika oder Frankreich - hat seit 1992 allein mit den Abstiegsgefährdeten die Macht errungen. Es muss »Fürsorge plus« sein, und das »Plus« ist eine Botschaft an Aufsteiger und Mittelschicht. So konnte Bill Clinton 1992, Tony Blair 1997 und Barack Obama 2008 mit »Change!« siegen. Diese Losung war, obwohl verhalten, auch am Sonntag zu hören. Sie gilt Merkel wie der SPD.